

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

136 (21.5.1920) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 4.00 Mk.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4.20 Mk.
zu 8 W. durch unsere
Agenturen bezogen 4.00 Mk.
monatlich, am Postamt
abgeholt monatlich 4.40 Mk.
vierteljährlich 13.20 Mk., durch
Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4.75 Mk., vierteljährlich 14.25 Mk.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

die 9. gelb. Nonpareilseife
oder deren Raum a) lokal
1.40 Mk. b) auswärts 1.60 Mk.
Stelamenzeile 5.— Mk. an
erster Stelle 6.50 Mk.
Nacht nach Carl.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags.
kleinere Anzeigen halbtägig
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanhänge:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 504

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtdirektion: Hermann v. Sack. Verantwortlich für Politik: Martin Poljinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Karl Jahn und Hermann Weid; für Inserate: I. B. Seiner. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Fritz Dietrich, Friedrichstr. 65/66. Teleph. Amt 1151. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 136.

Freitag, den 21. Mai 1920

Erstes Blatt.

Ein Zwischenfall.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:
Die Nationalversammlung, deren letzter Tag
eigentlich gestern sein sollte, zeigt ein müdes
Gesicht. Gerade die hervorragenden Volksboten
befinden sich ja bereits im Wahlkampf, und bei
den auf sich folgenden Reden sind sie anfangs
nicht so sehr auf die Stimmung der Versammlung
bedacht. Und doch ist es anfangs der gestrige
Tag noch einen würdigen Ausklang zu bringen,
als die mehrheitssozialdemokratische Frau-
schaft die von allen Parteien außer den Unabhän-
gigen unterzeichnete Interpellation über die
schonmalige Ausschreibung schwarzer Franzosen
in dem besetzten Gebiet begründete und der
Reichsminister Dr. Koester in seiner Erwiderung
mit Deutschlands nationaler Empörung einen
eindringlichen Appell an das Gewissen der in-
ternationalen Kulturwelt verband. Es ist ein
fruchtbares Zusammentreffen, das ziemlich zur
gleichen Zeit Aquith, der Führer der englischen
Liberalen, sich energisch für eine Politik der
Vernunft, Mäßigkeit und praktischer für eine Re-
vision des Versailler Vertrages ausgesprochen
hat. Gerade auch bei den angelsächsischen Vol-
kern wird die furchtbare Anlage, welche die
deutsche Regierung und die deutsche Volkspartei
wegen der schwarzen Schmach erhebt, die
Frankreich einem der ältesten deutschen Kul-
turgebiete angetan hat, volles Verständnis
finden.

Weider mußte auch diesmal die ungeliebte Ver-
mittlung eines Teiles des deutschen Volkes, der
sich unabhängig nennt, den reinen Klang hören.
Frau Zieg, die politische Sympathisiererin der rad-
kalen Linken, versuchte, die Verbrechen der
schwarzen Franzosen unanbieder in Beleidigung
der deutschen Soldaten, was einen Ent-
würdigungssturm entfachte, und, als Frau Zieg in
ihrem trübenden Diskurs sich nicht aufhalten
ließ, zu einem Auszug künftiger bürgerlicher
Abgeordneten aus dem Saale führte.

Diesem ersten Sturm folgten noch andere,
als Minister Schilde auf die Interpellation der
Reichsparteien wegen der Haltung der Regie-
rung zu der in der Nationalversammlung ab-
geleiteten Weisheit eine Antwort gab, die von
den Interpellanten als eine Ablehnung oder
wie Herr Dr. Mittelmann sich ausdrückte, als
Schlag ins Gesicht aufgefaßt wurde.
Politisch bedenklicher ist aber, daß es der So-
zialdemokratie bei der Abstimmung über den
Antrag der Unabhängigen, den Belagerungs-
zustand überall aufzuheben, in Folge der schwachen
Bewegung des Saales gelang, die Regierung zu
überwältigen. Man sah dem Reichsminister
noch die unbehagliche Überraschung an, als
er trotz seiner energischen Ablehnung des unabhän-
gigen Wunsch dieser durch die gemein-
samen Stimmen der Mehrheitspartei und
Unabhängigen mit einem Mal angenommen
war. Führer bei dieser extemporierten Ein-
igung der beiden Antipartien war offenbar
der Abgeordnete Scheidemann, der so die Re-
gierung, vor allem den Minister des Innern
Koch, in eine sehr unangenehme Situation ge-
bracht hat, ein Handreich, der dadurch noch
pikanter wird, daß bei der folgenden Abstimmung
über die Auslieferung des Abgeordneten Bras,
die bekanntlich vom Reichsgericht beantragt ist,
die Befehlshaberhaft des Saales auch förm-
lich festgesetzt wurde. Die Sitzung wurde also
unterbrochen und eine neue eine halbe Stunde
später anberaumt, in der geschäftsmäßig einige
kleinere Resorvoren erledigt wurden.

Es stand natürlich bereits fest, daß gestern
nicht der letzte, sondern erst der vorletzte Tag
der Nationalversammlung gewesen war. Heute
vormittag wird die Regierung erklären, welche
Konsequenzen sie aus ihrer Überwältigung
durch Scheidemann und Henke-Zieg zieht. Der
Reichspräsident Herr v. Ebert ist natürlich von der Ab-
stimmung sofort benachrichtigt worden. Er soll
auch sofort Vermittlungsschritte eingeleitet ha-
ben. Gestern nachmittag wurden ein Kabinetts-
rat und natürlich auch Sitzungen der Fraktionen
einberufen. Ein Rücktritt Kochs wurde von dem
Kabinettsrat als nicht möglich erklärt. Ein
Ausweg aus der heillosen Lage scheint dadurch ge-
geben, daß bei der Abstimmung der Mehrheits-
sozialdemokratische Parteivorsitzende erklärt hat,
nur für einen Teil seiner Partei zu sprechen,
und daß er auch die Beendigung der Unabhän-
gigen sich nicht zu eigen mache. Der andere Aus-
weg, daß die Regierung dem Wunsch Henke
und Scheidemanns einzufach Rechnung trägt und
durch Aufhebung der Ausnahmebestimmungen
den Wahlkampf in gefährliche Unruhen
ausarten läßt, hat auch innerhalb des Kabinetts
starke Gegner. Vielleicht wird man schließlich
die Mittelstraße finden, eine Milderung des Be-
lagerungszustandes für die nächste Zeit zu-
zusprechen, damit heute die Mehrheitssozial-
demokraten sich für befriedigt erklären können.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 20. Mai.
Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um
10 Uhr 20 Minuten und macht Mitteilung über den Ein-
gang mehrerer Gesetzesvorlagen.
Abg. Koch (Soz.) begründet eine Interpellation
über die Fraktionen mit Ausnahme der Unabhän-
gigen über die Verwendung farbiger Trup-
pen in den besetzten Gebieten. Frauen, Kindern und
Männern seien diese Wägen eine große Gefahr. Nur
der kleinste Teil der Scheußlichkeiten werde bekannt. In
der ganzen Welt wache die Entrüstung.
Reichsminister Dr. Koester: Bis gestern war keine
Nachricht eingelaufen von irgend einer Zurückziehung
farbiger Truppen. Wir wollen nicht in eine Massenbe-
einträchtigung eintreten. Wir denken an die Schwarzen, die in den
Koloniën mit uns gekämpft haben, aber die Verwendung
von 50 000 Farbigen im Westen Europas ist ein Ver-
brechen. Proteste Amerikas, Englands und Schwedens,
sowie Norwegens haben auf die Franzosen ebenso
wenig Eindruck gemacht wie unsere Proteste. Von einer
ökonomischen Solidarität kann nicht gesprochen werden,
so lange man die politische Solidarität mit ihnen teilt.
Welt einseht. Den Brüdern im Westen wollen wir
sagen, daß wir mit ihnen leiden und auf ihre Befreiung
hoffen. (Beifall.)
Abg. Frau Zieg (U.S.): Alle brutalen Instinkte ent-
stammen nur dem Militarismus, der befestigt werden
muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Vrie-

gensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllt
würde, würde es ein geneigtes Ohr bei der Entente
für die Verminderung der Besatzungstruppen finden.
Die Interpellationen hätten keinen Wert durch die ent-
stehenden Abreden, die gegen Frauen und Kinder in
Soldaten begangen worden sind. Auch in Russland,
Belgien usw. hätten deutsche Soldaten solche Greuel-
taten begangen. (Stürmische Unterbrechung, andauernde
Entrüstungsbeize. Frau Zieg.) Mit diesen Worten
heben Sie die Fronten der deutschen Soldaten gut.
(Erneuter Rausch, härmliche Schlußrufe. Die Rechte,
das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozial-
demokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Massen-
kampf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen.

Abg. Frau Mende (D.S.): Für die Verengung un-
serer Kinder kann niemand ein dankes Liebes empfin-
den. Mitleid nicht es noch, sich an den Papst zu
wenden.
Abg. Paverzen (D.N.) begründet eine Interpellation
über Maßnahmen der internationalen Schieds-Kom-
mission, die von allen Fraktionen, außer den Unabhän-
gigen und der bayerischen Volkspartei unterzeichnet
ist und die sich wegen der Entlassung baltischer Geiseln
und der Einführung der Kronenwährung in der ersten

der Demokraten gesichert. Man erwartet, daß die
Zusammensetzung des neuen Ministeriums
morgen amtlich bekannt gegeben wird.
Paris, 19. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der
„Reit Parisien“ bringt eine Meldung aus Rom,
nach der im Zusammenhang mit der gegenwärtigen
Kabinettskrise sich dort gegen Mitternacht das
Gerücht verbreitete, Depina Garibaldi beabsichtige
während der Nacht die Ministerien und das Par-
lament mit Hilfe einiger Hundert Verschwörer zu
besetzen. Es seien Vor-
sichtsmassregeln getroffen worden. Zwischenfälle
haben sich jedoch nicht ereignet.

Die italienischen Arbeiter gegen den Transport
von Kriegsmaterial nach dem Osten.
(Eigener Drahtbericht.)
Mailand, 20. Mai. Der „Avanti“ teilt mit,
daß sich heute eine in Bologna stattfindende Kon-
ferenz von Vertretern der hauptsächlichsten
Arbeiterorganisationen mit der Frage beschäftigen
wird, wie sich die Verwendung von
Kriegsmaterialien usw. nach den Ge-
boten des Friedens verhindern läßt. Der All-
gemeine Arbeiterbund hat bereits angeordnet,
daß das Auslaufen von vier Schiffen
aus dem Hafen von Triest nach Rumänien
mit Gewalt verhindert wird. In Livorno
an der schweizerischen Grenze wurden sieben
Eisenbahnwagen mit Waren für Po-
len von den Eisenbahnern angehalten. In
Savona weigerten sich die Hafenarbeiter,
einen Dampfer mit Explosivstoffen zu verladen,
da sie der Ansicht waren, daß diese für den Osten
zum Kampfe gegen die Bolschewiken
bestimmt seien.

Drohender Generalkrieg der italienischen
Elektrizitätsarbeiter.
(Eigener Drahtbericht.)
Mailand, 20. Mai. Der „Avanti“ kündigt einen
Generalkrieg der Elektrizitäts-
arbeiter an, der wirtschaftliche Ziele ver-
folgt.
Griechenland und die Entente.
Athen, 19. Mai. (Gazette.) König Alexan-
der ist heute nach Paris abgereist. Er wird
sich wahrscheinlich auch nach London, Brüssel
und Rom begeben.

Der Arbeitermangel in Amerika.
Paris, 20. Mai. Nach einer Havasmeldung
aus New York verlangt Senator Edge in einer
Rede, man solle das Einwanderungsge-
setz so umgestalten, daß empfehlenswerte
Fremde in Amerika zugelassen würden, um den
augenblicklichen Arbeitermangel zu be-
heben.

Vergeblliche Ablehnung.
(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)
fr. München, 20. Mai. Der „Bayerische Kurier“
erklärt, daß er allen Ablehnungsver-
suchen des Reichswehrministeriums zum Trotz
seine Aufsätze erregenden Mitteilungen über
die beabsichtigte Zerstückelung der
bayerischen Reichswehrfreiheit aus-
recht erhalte. Berliner Regierungsdementis
finden ohnehin schlecht im Kurse. So wie man
die Entente als willkommenen Vornand gegen
denen die Entente selbst und den
Berliner Gewerkschaften gefügig zu sein, so
werde jetzt bei der Seeresverringering wieder
die Entente vorgeschoben, um eine Milderung
in der Zusammenfassung und Stationierung der
Reichswehrkommandos herbeizuführen, obwohl
der Friedensvertrag (vergl. Artikel 159) gar
nichts darüber enthalte. Trotzdem sei beabsich-
tigt, solche Milderungen zu treffen und die
bayerische Reichswehr zu entbaren.

Aus der oberbayerischen Nonken-Industrie.
(Eigener Drahtbericht.)
Deutchen, 20. Mai. Wie die „Deutsche Mor-
genpost“ meldet, lehnten die Arbeitgeber
der oberbayerischen Montanindustrie
die neuen Lohnforderungen der Arbeit-
nehmer ab.

Synthe.

Die „verwideltsten“ Verhandlungen.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 20. Mai. Nach dem „Deure“ erklärte
Müllerand den Pressevertretern gestern, er
werde vielleicht nur dann in der Kammer Er-
klärungen über die Verhandlungen in
Synthe abgeben, wenn Bonar Law im Unter-
hause darüber spreche. Die Verhandlungen seien
zu verwickelt, als daß es erlaubt sei, in der
Öffentlichkeit darüber zu sprechen.

Die Entschädigungsfrage.
(Eigener Drahtbericht.)
Amsterdam, 20. Mai. Die „Westminster Ga-
zette“ schreibt zu dem Ergebnis der Konfe-
renz in Synthe: Wir sind und bleiben davon
überzeugt, daß es gar nicht unrichtig wäre, eine
mäßige Entschädigungssumme festzu-
setzen, die die Deutschen voraussichtlich innerhalb
12-14 Jahren bezahlen könnten, und den
Deutschen die Art der Bezahlung zu
überlassen, wobei im Unterfall die ge-
wünschten Entschädigungen wären. Der Plan,
von dem einige Korrespondenten berichten, eine
Mindestsumme festzusetzen, deren Zahlung sich
über einen Zeitraum von 30 Jahren erstrecken
würde, und die Summe in dem Maße in die Höhe
zu schrauben, wie Deutschland sich erholt und seine
Zahlungsfähigkeit sich verbessert, ist unseres
Erachtens durch und durch schlecht. Man würde
wahrscheinlich auf die Dauer gerade das Gegen-
teil des erstrebten Ziels erreichen. Niemand
kann die künftige Entwicklung für eine so lange
Zeit, wie es 30 Jahre sind, übersehen, und wir
sind überzeugt, daß solche Gedanken niemals
Wurzel gefaßt hätten, wenn die Staatsmänner,
die sie am Leben erhalten, sich nicht nach dem
Bausenstande selbst durch ihre Verprechungen
die Hände gebunden hätten.

Die amerikanische Regierung für den Anschluß
Südbösterreichs an Deutschland?
(Eigener Drahtbericht.)
Wien, 20. Mai. Wie die Korrespondenz Ger-
zog aus Innsbruck meldet, sprach sich in einer
Versammlung der amerikanischen Oberst Em-
merston für die Rückgabe Südbösterreichs aus.
Nur der Anschluß Südbösterreichs an
Deutschland könne die einzige annehmbare
Lösung des Wirrwarrs in Mitteleuropa sein.
Auch die amerikanische Regierung
nehme in letzter Zeit eine ähnliche Stellung ein.

Das irische Problem.
London, 20. Mai. Im Oberhaus erklärte
gestern der Vordanzler in Besprechung der Lage
in Irland, es sei die Politik der Regierung,
mit allen Kräften und allen Hilfsmitteln dahin
zu wirken, um die gesetzliche Ordnung in Irland
wieder herzustellen und eine Kampagne, die zu-
gunsten der Abtrennung geführt werde, voll-
ständig unmöglich zu machen. Wenn die verfüg-
baren militärischen Kräfte sich als unzureichend
erweisen sollten, so würde an das britische Volk
ein Appell gerichtet werden, diese Streit-
kräfte zu vermehren.

Der russisch-polnische Krieg.
Warschau, 20. Mai. (Reuter.) Der Feind fährt
fort, seine Truppen in der Umgebung von
Kiew zu konzentrieren. Südlich von der Dnaja
haben sich die polnischen Truppen nach längerem
Kampf unter dem Druck des feindlichen Seeres
auf eine neue Verteidigungslinie zurück-
gezogen.

Die italienische Kabinettskrise vor der Lösung.
Rom, 19. Mai. (Stefani.) Nitti hat den Auf-
trag zur Bildung des Kabinetts angenommen.
Er hatte heute vormittag eine Besprechung mit
dem König und hat sich bereits die Teilnahme
der katholischen Volkspartei, der Radikalen und

Abstimmungsfrage befördert. Da die Entente noch nicht
schlechte sei, seien besonders in der zweiten Zone schwere
Schädigungen entstanden.

Reichsminister Dr. Koester: Die Schritte der dänischen
Regierung sind mehr mit dem Geiste, noch mit dem
Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben
am 11. Mai in einer Note in Paris und später in
Hensburg protestiert, ohne Resultat. Das Recht ist auf
unserer Seite, aber leider nicht die Macht. Diese Rechts-
beugung zu verhindern, müssen wir im Süden der
ersten Zone eine provisorische Währungszone schaffen
und das geschieht. Die zweite Zone wird aus enge
angeschlossen werden. Nach dem nahe bevorstehenden
Abgang der Kommission aus Hensburg werden wir auch
die Vollversammlung nach Eiden legen. Ganz Deutschland
wird nicht ruhen, bis alle unauflösbare deutschen Lan-
desteile wieder mit uns vereinigt sind.

Abg. Pohlmann (Dem.) begründet eine Interpellation
über die deutsche Währungsreform. Die Währungsreform
ist die wichtigste Aufgabe der Regierung. Die Währungsreform
müssen wir andauernd aufs schmerzlich verfechten.

Reichsminister Dr. Koester: Die Reichsregierung wird
wie früher in der polnischen Frage das klare Recht des
deutschen Volkes zu wahren suchen, besonders auch durch
mündliche Verhandlungen mit der Entente, sobald die
Möglichkeit sich dazu bietet. Wirtschaftlichen Druck gegen
Polen üben wir nach Möglichkeit aus. Ein weiteres
Hinausschieben dieser Fragen würde der deutschen Re-
gierung die Überzeugung aufbringen, ob sie andere
Fragen dann nicht auch aufstellen mochte. Des Erntes
der Lage in Oberösterreich sind wir uns völlig bewußt.
In Paris, London und Rom haben wir die Schlichte
bekannt gegeben. Wir sind bereit, durch Verhandlungen
die Wiederaufnahme einer geordneten Rechtsver-
hältnisse in Oberösterreich zu ermöglichen.

Abg. Frau Sämig (Soz.) begründet eine Interpellation
über die Zuhaltung in den
Kreuzen, Walmen usw.

Reichsminister Dr. Koester: Bei den Verhandlungen
in der belgischen Kammer war immer die Rede von
einer Wiedervereinigung der Kreuze mit Belgien. Die
Kreuzer haben niemals an Belgien gedacht, ebensowenig
an den Niederlanden. Sie sind deutsch und haben vor-
übergehend nur einmal zu Frankreich gehört. Die Re-
gierung hat einwandlos Material dafür, daß die
Belagerer die Währungsreform sabotieren. Die Schikanen
mehrten sich von Tag zu Tag. Wir haben bei der belgi-
schen Regierung, der Friedenskonferenz und dem Vö-
lkerverbände protestiert.

Es folgt die Interpellation des Abg. Schulz-Bromberg
(D.N.) und Gen. über die Forderung des 1. Mai
und die Erteilung von Urteilen an die Arbeiter und
Beamten in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsminister Schilde erklärt, die Interpellation in-
nerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet
zu wollen.

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.): Dann hat die Regie-
rung ein schlechtes Gewissen und wird sich von der Ver-
antwortung drücken wollen. Es wäre Pflicht der Re-
gierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit
am 1. Mai zu sorgen. (Wärm bei den Sozialdemokraten
und den Unabhängigen.)

Präsident Ebert: Diese Ausführungen sind ge-
schäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Abg. Dr. Poppelmann (D.S.) stimmt dem Abg. Schulz
(Bromberg) zu.

Abg. Henke (U.S.) begründet einen gestern eingebrach-
ten Antrag Ebert-Beck über sofortige Aufhebung
des Ausnahmezustandes in allen Teilen des
Reiches.

Abg. Loebe (Soz.) wird mit einem großen Teil seiner
Partei für den Antrag stimmen.

Reichsminister Dr. Koch: Es ist nicht angängig, den
Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Waffen
geheim werden müssen, doch soll geprüft werden, in-
wieweit Milderungen eintreten können.

Abg. Giltner (Soz.) teilt gegen den Antrag.
Abg. v. Schulze-Gaeseritz (Dem.) stimmt dem Mini-
ster bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der stark besetzten
Sozialdemokratischen Partei angenommen.

Ueber den Antrag des Ausschusses, die nachgelassene
Genehmigung zur Einleitung einer gerichtlichen Verfol-
gung gegen den Abg. Braß nicht zu erteilen, wird ab-
gestimmt. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Beim
Stimmzettel ergab sich bei 20 Stimmen die Befehlshaber-
unfähigkeit des Saales.

Nächste Sitzung 14 Uhr nachmittags.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um
2.30 Uhr.

Erlebet werden die Gesetzentwürfe über Erweiterung
der Verhandlungen über eine militärische Annexion, Ent-
schädigungsansprüche verfallener oder verurteilter
Eisab-Kolbriener, Beendigung des Kriegsauslandes zwi-
schen Deutschland und Cötharica in allen drei Belangen.

Der Gesetzentwurf über den Personenaufstand
wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Der Einbruch des Reichsrates gegen die Einleitung
von 500 000 Mk. zur Errichtung einer wissenschaftlichen
Abteilung für Volkshygiene an der Universität Frank-
furt a. M. wird dem Verfassungskomitee übergeben.

Darauf werden in zweiter und dritter Beratung die
Reichshaushaltsrechnungen 1919/1920 und die Berichte
der Reichsausschüsse, ferner der Bericht des
Ausschusses für Volkswirtschaft über Veranschlagung des
Grundlohnens und Ausdehnung des Versicherungssta-
tus in der Krankenversicherung und der Bericht des-
selben Ausschusses über den vorbereitenden Reichswirt-
schaftsrat erledigt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes
über ein Abkommen mit der russischen föderativen sozial-
istischen Sowjetrepublik, über die Heimführung der
beiderseitigen Kriegsgefangenen und die Rückkehr An-
turnierter.

Abg. Henke (U.S.) wünscht die Anknüpfung sofortiger
Verhandlungen zu Sowjetrußland.

Abg. Scheidemann (Soz.): Das Auswärtige Amt
müde alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland in
ein klares und ernstliches Verhältnis kommen.

Das Gesetz wird in allen drei Beratungen angenommen,
ebenso jenes über den gegenseitigen Gefangenenaustausch
mit der lettischen Regierung.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags: Aufhe-
bung der Militärgerichtsbarkeit u. a.
Schluß gegen 1/4 Uhr.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Annahme des badischen Besoldungs-tarifs.

(Eigener Bericht)

Nach längerer Einzelberatung wurde gestern vormittag vom Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920 Hauptabteilung VIII „Arbeitsministerium“ erledigt. Bei Titel „Gewerbeaufsicht“ zeigte der Zentrumsabgeordnete Mast die nachteiligen Folgen des Besuchs gewerkschaftlicher Versammlungen durch Lehrlinge. Bei Titel „Soziale Hygiene“ sollte der demokratische Abgeordnete D. H. Doldermann der Arbeit der Diakonissenanstalten berechnete Anerkennung, denen infolge der ungeheuren Teuerung die Schließung der Betriebe drohe. Der Redner empfahl diese Anstalten dem Wohlwollen der Regierung für den Fall, daß sie an sie um einen Staatszuschuß herantreten. Ein gleiches tat der Zentrumsabgeordnete Scheil für die katholischen Schwesternorganisationen. Sein Fraktionskollege K. A. K. K. nahm sich der erblindeten Krieger an, während der sozialdemokratische Abgeordnete Mater-Heidelberg — und auch später der demokratische Abgeordnete Karl — für die Gewährung eines Staatszuschusses für das Mütterheim in Heidelberg-Handschuhheim eintrat. Dies sagte der Arbeitsminister im allgemeinen zu. Frau Kunigunde Fischer-Karlsruhe von der sozialdemokratischen Fraktion verwies auf die erschreckende Zunahme der Tuberkulose unter den Kindern, der unter allen Umständen geheimer werden müsse. Erfreulich sei, daß der Staat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Heuberg nun Tausende solcher armer Kinder unterbringen wolle. Dieser eine Platz genüge aber nicht, es müßten noch mehr geschaffen werden; auch müßten Schritte unternommen werden, damit die Schweiz wieder Kinder aus Baden aufnehmen. Frau Fischer hatte beabsichtigt eine förmliche Anfrage in dieser Angelegenheit einzubringen, die die Referentin im Arbeitsministerium, Frau Dr. Marie Baum, dahin beantwortete, daß die Regierung fortlaufend bemüht sei, dieser Seuche zu steuern. Dr. Schöfer verbreitete sich über den garstigen Gedanken und meinte, die Regierung müsse den Bureaukratismus aus der Charitas draußen lassen. In diesem Sinne schloß sich ihm Frau Marie Schloß an, die dann weiter betonte, für unsere Jugend müsse alles geschehen, um sie gesund zu erhalten und so einen gesunden Nachwuchs zu erhalten. Die demokratische Fraktion begrüßte daher alle Einrichtungen, die in diesem Sinne getroffen werden, und werde die dafür im Staatsvoranschlag vorgesehenen Summen auch bewilligen. Sehr notwendig sei die Aufklärung draußen auf dem Lande über die Ausbreitung der Tuberkulose und die Angabe der notwendigen Vorbeugungsmaßregeln. Allerdings die schreckliche Wohnungsnot, die namentlich in Baden herrsche, erwidere diesen Kampf außerordentlich. Frau Fischer, die vom Zentrum entgegnete, daß der Staat über die Tuberkulose bereits seit langem betrieben werde, dagegen in der Familie noch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die vorgeschlagenen Summen von 2000 M. zur Unterbringung der Arbeiterreferate (Erhöhung der bisherigen Summe von 2000 M. auf 30 000 M. zur Unterbringung der Arbeiterreferate) wurde einem Antrag Marum entsprechend nahezu einstimmig an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen, dadurch wurde ein Antrag Wellert auf Erhöhung der 30 000 M. auf 50 000 M. gegenstandslos. Die Position „Erwerbslosenfürsorge“ löste gleichfalls eine längere Aussprache aus. Siegelmeister-Oberlin vom Zentrum erörterte Einzelheiten, worauf der sozialdemokratische Abgeordnete Mater-Heidelberg meinte, angesichts der drohenden großen Arbeitslosigkeit sollte die Regierung alles tun, um der Erwerbslosigkeit zu steuern. Habermehl von der demokratischen Fraktion bemerkte auf eine entsprechende Anmerkung des Vorredners, der vernünftige Arbeitgeber vermöge eine Politik, die die Arbeitsnot vermehre. In den Kreisen der Erwerbslosen müsse eine stärkere Kontrolle Platz greifen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Mast lobte beifällig im Interesse des Gesamtvolkes des Staates eine Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Das nicht nur

in der Stadt, sondern auch auf dem Lande die Erwerbslosenfürsorge von unläuterer Elementen ausgeht, wird, befristete der Zentrumsabgeordnete Spenler. Bei Titel „Bau- und Wohnungswesen“ vertrat der Zentrumsabgeordnete Mast die Interessen der Hausbesitzer. Seine Bemerkung, die Mietsteigerungsämter sollten keine Interessenpolitik treiben, veranlaßte Mast, auf eine richtigstellende Entgegnung. Bei Titel „Landeskultur und Feldvereinigungen“ bemängelte verschiedene Redner, daß bei Neuland und Müppurr noch große Gelände Wiesen unbenutzt liegen. Titel „Straßenbau“ brachte verschiedene Wünsche und Beschwerden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Koenigsberger unterstrich die Bedeutung der geologischen Landesanstalt und regte eine eingehendere Erforschung der Bodenschätze unseres Landes an, die manches Wertvolle zutage fördern werde. Der Voranschlag wurde hierauf dem Antrag des Haushaltsausschusses entsprechend angenommen; danach wird der Staatsbeitrag zur Erfüllung der Aufgaben der sozialen Kriegsbekämpften- und Kriegshinterbliebenenfürsorge von 2 500 000 M. auf 25 000 M. herabgesetzt, der Zuschuß an die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene von 5000 M. auf 10 000 M. und der Beitrag für die Kinder- und Säuglingsfürsorge von 170 000 M. auf 1 Million Mark erhöht; die Administrativkredite werden genehmigt, ebenso die Kriegskredite. Die Besuche um Bereitstellung von Mitteln für die zu gründende gemeinnützige Baustoffbeschaffungs-Gesellschaft werden für erledigt erklärt.

Dann folgte die Beratung des vor drei Tagen dem Landtag zugegangenen Gesetzentwurfes über das Diensteinkommen der Staatsbeamten und Arbeiter, wie wir sie in unserer Donnerstagsausgabe bereits ankündigten. Die Tribünen füllte wieder eine große Zahl von Beamten. Der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine Viertelstunde, um den Mitgliedern des Hauses Gelegenheit zu geben, zu den Beschlüssen des Haushaltsausschusses Stellung zu nehmen. Wie dessen erster Berichterstatter, der sozialdemokratische Abgeordnete Marum, bemerkte, empfehle der Ausschuß die Annahme des Gesetzentwurfes an bloc, da rasche Hilfe dringend notwendig sei. Er schloß die Angelegenheit ab, indem er erklärte, daß der Entwurf provisorisch zu erledigen, da es bis zum 31. Dezember 1920 mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1. J. ab einer Nachprüfung unterzogen werden müsse. Die Rechte der Beamten werden dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, allerdings können die einzelnen vorgebrachten Wünsche verschiedener Beamtengruppen jetzt im Augenblick nicht berücksichtigt werden. Wenn der Ausschuß diese provisorische Erledigung empfehle, so erkläre er sich für keinen dieser Wünsche, weise aber auch keinen zurück, sondern behalte sich die endgültige Prüfung aller Wünsche, die im Herbst erfolgen werde, vor. Auch die Wünsche der Lehrer werden jetzt nicht berücksichtigt, sondern erfahren ebenfalls erst im Herbst bei der endgültigen Nachprüfung eine besondere Behandlung. Ausdrücklich sei betont, daß sich der Landtag durch die jetzige Annahme des Gesetzentwurfes seine volle Entscheidungsfreiheit bewahre; das Provisorium, das so geschlossen werde, binde ihn in keiner Weise. Wie wir bereits gestern mitteilten, stimmten sämtliche Parteien des Hauses diesem Beschlusse zu. Marum verbreitete sich nach diesen allgemeinen Erörterungen über die einzelnen Bestimmungen des Besoldungsgesetzes, das wir in den Nummern 133 und 135 des „Tagblatt“ einer kurzen Würdigung unterzogen haben. Der Ausschuß hat bei der Durchberatung der einzelnen Paragraphen die Ueberzeugung gewonnen, daß bei verschiedenen Beamtengruppen die jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen nicht dauernd Geseh werden können; im Interesse der Beamten werden manche Verbesserungen eingeführt werden müssen. Dabei werden die von den Beamten vorgebrachten Wünsche und Anregungen weitestgehend Berücksichtigung finden. Die Gemeinbeamtinnen fallen nicht unter dieses Besoldungsgesetz; ihre Wünsche werden durch ein demnächst dem Landtag zugehendes eigenes Gesetz geregelt werden. Der Gesamtaufwand für die Vorlage beträgt rund 180 Millionen Mark (etwa 83,5 Millionen für die planmäßigen, 15,9 Millionen für die außerplan-

mäßigen Beamten, der Rest für die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen von Beamten). Die Finanzen des Landes gestatten diese Belastung gerade noch, doch ist damit die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht.

Der Ausschuß unterbreitete dem Hause folgenden Antrag: 1. den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen; 2. den Gesetzentwurf für dringlich zu erklären; 3. die 2. Lesung nach Ablauf von 12 Stunden vorzunehmen; 4. wegen der Auszahlung eines Vorzuschusses an die Beamten folgendes zu beschließen: Die planmäßigen Beamten sowie die außerplanmäßigen und die vertragsmäßigen Bediensteten erhalten bis zur Festlegung ihrer neuen Bezüge in vierjährigen Teilbezügen zahlbare Zuschüsse, und zwar im Betrage ihres Friedenseinkommens, erstmals aber mindestens 800 M. bei etatmäßigen und 500 M. bei nichtetatmäßigen Beamten und vertragsmäßigen Bediensteten; 5. die sämtlichen zu dem Gesetzentwurf eingehenden Gesuche und Eingaben dem Staatsministerium als Material für die Nachprüfung zu überweisen.

Im Namen des Haushaltsausschusses berichtete sodann der Abgeordnete Dr. Leiser über die Besoldungsordnung. Auch hier ist der Ausschuß nach eingehender Beratung einstimmig zu der Auffassung gekommen, eine Prüfung der Besoldungsordnung könne bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vorgenommen werden, daher werde auch sie im Herbst nachgeprüft werden müssen. Der Tarif bedeute eine wichtige Verbesserung. Viele Wünsche seien noch unberücksichtigt, aber sie werden nicht vergessen. Im Herbst werden Regierung und Volksvertretung in gemeinsamer Arbeit diesen Wünschen nachgehen zum Wohle der Beamenschaft und damit des gesamten badischen Volkes.

Gesetzentwurf und Antrag des Haushaltsausschusses wurden einstimmig angenommen, worauf Finanzminister Koenigler dem Hause, dem Ausschuß und den beiden Berichterstattern den Dank der Regierung und der Beamenschaft für die rasche Erledigung des Gesetzentwurfes aussprach. Das so geschaffene große Werk werde die große Sorge wegnehmen, die seit langer Zeit in vielen Beamtenfamilien ein täglicher, trauriger Gast gewesen sei. Die Regierung werde so rasch wie möglich an die Ausarbeitung eines Ruhegehaltsgesetzes gehen, der die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen auf die Grundlage stelle, die durch das oben erledigte Gesetz geschaffen worden sei; auch hier werde eine Voranschauung der größten Notlage steuern müssen. Die nächste Sitzung beginnt heute vormittag 8 Uhr.

antwortet: „Mein lieber Gustav, das kann ich nicht machen, da würde ich unmöglich werden.“ Und so sei es eben beim Achtstundentag geblieben. Die Lage im Reich werde immer verwerroren. Das Entzagen der indirekten Steuern sei seit 1. April gleich null, außer im besetzten Gebiet. Traurig sei es, daß ein Mann wie der Direktor des katholischen Volksvereins in Münden-Glabach im ganzen Rheinland keinen Wahlkreis mehr finde und daß er, Giesberts, selbst in einem Zentrumswahlkreis ernannt befähigt werde, weil er für den 1. Mai als Feiertag eingetretet sei. Die Stimmung der Versammlung war sehr gedrückt; man erklärte, daß durch die Koalitionspolitik die Lage der Presse wie der Partei eigentlich hoffnungslos geworden sei.

Das gleiche Blatt teilt ferner aus Speyer mit, daß der Pfälzische Bauernverein und die mit ihm auf wirtschaftlichem Gebiet geeinigten freien Bauernschaften der Pfalz den politischen Anschluß an die Bayerische Volkspartei wollten, aber von deren Vorstehenden schriftlich abgewiesen worden seien, weil die Bayerische Volkspartei in Unterhandlungen mit der deutschen Zentrumspartei stehe.

Beamtentendgebung im Konzerthaus

(Eigener Bericht)

Es war voraussehen, daß der Beamtenbund auf die vor acht Tagen erfolgte Amdgebung des Badischen Lehrerbundes eine Antwort folgen lassen werde.

Der Vorsitzende, Verbandsdirektor Weiler, begrüßte die überaus zahlreichen Teilnehmer und warf sodann einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Verhandlungen im Gehaltsaufschuß und im Schlichtungsausschuß, wobei die mittleren Beamten weit über die Grenze des Vertretbaren gegangen seien, ohne die Vertreter zu einer Einigung bewegen zu können. Wenn nun alle erdenklichen Versuche der Staatsbeamten zur Erhaltung der Einigkeit unter der badischen Beamenschaft erfolglos blieben und auch über den Austritt der Lehrer aus dem Beamtenbund in der Öffentlichkeit nicht verhandelt werden sollte, so ließe sich ein weiteres Schweigen nach den Ausfällen der Lehrerschaft gegen die Beamten in den von ihnen im ganzen Lande veranstalteten Versammlungen nicht mehr rechtfertigen.

Den Hauptvortrag hielt Betriebsinspektor Trautmann, indem er von der Notwendigkeit der Solidarität der Beamten einschließlich der Lehrer sprach und davon ausging, daß die Lehrer früher nur die Einreihung in die Gehaltsklasse G des badischen Gehaltsarists verlangt hätten. Anfanglich wären sie auch mit der Einreihung in eine besondere Gehaltsklasse mit dem Anfangsgehalt und Höchstgehalt der Mittelbeamten einverstanden gewesen. Erst als die Verwirklichung des badischen Entwurfs durch die in Aussicht genommene Reichsregelung nicht mehr zu erwarten war, entstanden bei der Lehrerschaft Zweifel über die Zweckmäßigkeit dieser Lösung, die sich bis zum öffentlichen Widerspruch und schließlich bis zum Austritt aus dem Beamtenbund steigerten. Der Vortragende gab die Begründung der Lehrer, die sie zugunsten ihrer Forderungen in ihren Versammlungen vorbrachten, bekannt und nahm für die Staats- und Gemeinbeamtinnen in Anspruch, daß auch diese Kreise für sich anwenden. Damit erzielte er neben Zustimmung auch viel Heiterkeit, besonders als er den Satz wiederholte, der unrichtigen Würdigung der Beamtenaktivität durch die Lehrer liege weniger eine böswillige Absicht zugrunde. Auch die Staatsbeamten wollen sich nicht zu jenen drängen lassen, die bei der Verteilung der Erde zu kurz gekommen sind. Die Lehrer haben doch annehmend ein Gefühl, daß ihre Forderung im Vergleich zur Tätigkeit der übrigen Beamten und der Wichtigkeit der Dienste dieser Beamten nicht gut begründet werden kann. Sie sind daher taktisch klug genug, so sagen, daß für sie nur die Lebensgleichheit des Lehrerberufs in Betracht kommen könne. Aus diesem Grunde können sie auch eine Vergleichung mit den übrigen Beamtengruppen ab. Unter stürmischen Beifall führte der Redner hier an, daß die Lebensgleich-

Reichstagswahlbewegung.

Politisches Updrücken im Zentrum.

(Drahtmeldung uneres Münchener Korrespondent.)

fr. München, 20. Mai. Der „München-Augsburger Abendzeitung“ geht von besonderer Seite folgender Bericht zu: Trimborn und Giesberts haben in Düsseldorf eine Geheimfugung des Augustinusvereins für die katholische Presse abgehalten und sich sehr besorgt über die Zukunft des Zentrums ausgesprochen. Trimborn erklärte, die Christliche Volkspartei bedeute für künftig eine große Gefahr, denn der Mittelstand werde die neue Partei wählen und die Bauern seien auch nicht zufrieden gestellt. Man solle doch in der Zentrumspresse beruhigend wirken, insbesondere nicht immer wieder auf das Bielefelder Abkommen und den Frieden zu Münster zurückgreifen. Diese beiden Vereinbarungen brauche man nicht trübsalig zu nehmen, denn sie seien eigentlich ein Bruch der Verfassung und hätten deshalb keine Rechtskraft. Giesberts entrollte ein sehr düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage. In wenigen Monaten stehe die ganze katholische Presse vor dem Zusammenbruch. Die Gehaltsaufschuß betriebe planmäßigen Volkssozialismus und die Unternehmer seien mitleidig, weil sie immer wieder nachgeben. Auch der Achtstundentag sei nicht zu halten. Einmal Tages sei der frühere Reichstagskanzler Bauer zu ihm gekommen, um ihn zu veranlassen, die Befestigung des Achtstundentages zu betreiben. Giesberts habe aber ge-

Frauen.

Gertrud Bäumer, Studien über Frauen.

(Berlin 1920, F. A. Herbig. Geb. 7.50 Mk.)

Wenn Gertrud Bäumer Frauengefallen aus der Geschichte des verflohenen Jahrhunderts zu nehmen, so ist man immer sicher, die weiserhafte Vorfürsorge ihrer früheren Frauenbilder wiederzufinden. Die feine Begleitung der weiblichen Psyche und die einflussreiche Verknüpfung individueller Züge mit den allgemeinen geistigen und gesellschaftlichen Strömungen der einzelnen Zeitalter — das ist die Kunst, mit der Gertrud Bäumer Frauengefallen entwirft und die auch in diesen gesammelten Essays immer wieder von neuem anzicht. Als Schülerin Friedrich Manns kennt sie jenes von ihm zuerst formulierte Schicksalsproblem des modernen Lebens — die Auseinandersetzung des Persönlichen mit dem Mechanischen der Daseins — allzu genau, als daß sie nicht auch die Frauengeschichte des verflohenen Jahrhunderts unter dem Himmel dieses Schicksals zu betrachten gelernt hätte. So gewinnen ihre äußerlich leineinandergereihten Studien dennoch einen tiefen inneren Zusammenhang und lassen die einzelnen Generationen des 19. Jahrhunderts im Spiegel der Frauenesele nacheinander erscheinen. Von Emerson stammt ein Wort über die „Repräsentative Men“: hier nun sind Frauen vorgeführt von geschichtlich repräsentativer Bedeutung — angefangen bei der Romantikerin, deren genialische Welt in der Romantik auf sich gestülten und freimollenden Caroline verkörpert ist, bis hin zu der modernen Frauenbewegung und ihrer geistigen Führerin Helene Lange. Dazwischen liegt das Humanitätsideal uneres klassischen Zeitalters, wie es im Humboldt-Kreis am reinsten und tiefsten aufklingt, dann die zweifelhafte, unbefriedigte, abenteuerliche Generation des Heine'schen Zeitalters, eine geistige Aristokratie, die eben im Bewußtsein ihrer Mängel den Weg vom klassischen Individualis-

mus zu dem Armen und Schwachen und zur Demokratie hinüberfindet: in Marie d'Agoult, der Freundin von Franz Liszt, ist dieser Geist feinst und tiefgehend gezeichnet. Das schönste Porträt dieser Sammlung aber ist jenes der Luise von Francais, das, wenn ich mich recht erinnere, schon färslich den Hilfe-Lesern bekannt geworden ist: umwoben von persönlichen Erinnerungen und voll innerer Anteilnahme für das herbe Schicksal dieser alten deutschen Geistes- und dieses deutschen Frauentums. Die Dichterin, deren ganzes Werk eine einzige Resignation, die Gestaltung eines unerfüllten Lebensraumes gewesen ist, nahm auch im persönlichen Leben stolz und flagelos das Schicksal hin und erachtet als Typus eines Geschlechtes, das noch jenseits des Kampfes und der Auflehnung gegen ein bitteres Frauen-schicksal steht.

Von dieser Auflehnung und Befreiung berichtet der Aufsatz über Helene Lange. Auch in ihr wirkt stark das Kulturerbe unerer alten klassischen Zeit, die Ideale der Freiheit, der Menschwürde, der Pflichterfüllung; aber eben aus diesem geistigen Duell krämen die Kräfte, die auch in der Frauenfrage den harten Widerstand der alten Autoritäten in Staat und Kirche erschüttern und auch den Frauen die menschlichen Rechte erobern, die das Jahrhundert der französischen Revolution den alten Gezeiten abgerungen, aber dann nur den Männern allein reserviert hatte. Gertrud Bäumer begnügt sich, wenn sie das Bild der großen Vorkämpferin zeichnet, mit der Darstellung der historischen Zusammenhänge und des wechselvollen und schweren Ringens, und sie läßt offenbar die Aufgabenstellung der Leserinnen allein. Aber wenn sie die freiheitliche Atmosphäre schildert, die notwendig war, um die moderne Frauenbewegung hervorzuheben, wenn sie die unermüdbaren Bemühungen schildert, die Helene Lange im Geiste solcher Bestimmung für die Frauenbildung und für das Frauenmährrecht aufgewendet hat, und wenn sie an die hartnäckigen Widerstände aller uneren Elemente erinnert, an denen alles immer wieder scheiterte und denen auch die Sebung des Lehr-

innenstandes, die Helene Lange besondere Sorge war, erst allmählich abgerungen werden konnte — so bliebe es allerdings ein bedenkliches Zeichen mangelnder geschichtlicher Bildung, wenn man die vom Ertrag ihrer geistigen Arbeit lebenden Frauen und an diese historischen Tatsachen heute erst noch erinnern müßte.

Dr. F. Schnabel.

Theater und Musik.

„Moll-Quartett“. Auch kein zweites Konzert gefallte sich zu einem Triumph. Der Eintrachtsaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Seltener erlebte man dort so gewaltige, stürmische Begeisterung. Große, reine künstlerische Genüsse vermitteln die vier Musiker auch dieses Mal wieder. Ob sie nun Smetanas G-Moll-Quartett, diese zwischen jauchzender Lebensfreude und tiefstem Menschenleid wechselnde Lebensbeichte, in all der rühmlichen und klanglichen Eigenart des Böhmens spielen, oder Haydns schlichte, von innigen Gefühl durchdrungene Sprache reden (Quartett in B-Dur, op. 76 Nr. 4), oder, als machtvolles Schlußakkord, in Beethovens erstem Kapromoffst-Quartett alle Register ihres tief-schürfenden, meisterhaften Spleißes zogen — stets stand man im Banne eines großen, einmaligen Erlebnisses. Der wertvollste Eindruck dieses gesunden, von Freude am Klang und echter Leidenschaft getragenen Musizierens war: daß die vier Künstler niemals sich selbst spielen, sondern stets hinter das Kunstwerk zurücktreten, dem sie in Ehrfurcht dienen, in dem sie ganz aufgehen. Dies verleiht ihrem Spiel die eigene Note, gibt ihm Größe, Erhabenheit und die Kraft, vom ersten bis zum letzten Tone den Hörer zu bannen.

F. W.

Kunst und Wissenschaft.

Chrendoktor der „Fridericiana“. Von der Technischen Hochschule Karlsruhe ist dem Ingenieur Fried. H. Haselwander hier in Wür-

digung seiner für die spätere technische und wirtschaftliche Entwicklung der elektrischen Energieübertragung so bedeutsam gewordenen erfindungsreichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Mehrphasenstroms, insbesondere des verflohenen Dreiphasenstroms, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

„Moll-Quartett“. Aus Heidelberg schreibt man uns: In den Stadt-Sammlungen in Heidelberg wurde am 15. Mai d. J. wieder eine Sonderausstellung eröffnet, die sich um die Hauptgruppe Moll-Beuerbach-Trübner gruppiert, also um die drei bedeutendsten hervorgerufenen Künstler des verflohenen Jahrhunderts, die mit Heidelberg in Beziehung stehen. Die Ausstellung, die wiederum von dem rühmlichen Direktor der Sammlungen, Dr. Karl Rohmeyer, mit viel Liebe und großem Kennerblick zusammengeleitet wurde, vereint zu einmal auch Werke Beuerbachs mit einer größeren Reihe von Gemälden seines deutschen Lehrers Karl Moll. Daneben befinden sich Bilder anderer zeitgenössischer Meister. Die Ausstellung enthält eine ganze Anzahl bisher unbekannter Schöpfungen von Beuerbach, Trübner und weniger gekannt aber doch würdigen Malern wie Colliis, Beith, Amalie Karstner, v. Jaquemart u. a. In einem besonderen Zimmer sind Zeichnungen des Heidelberger Malers Georg Wilhelm Pfeil ausgestellt, dieses feinen und frühen Schilderers deutscher intimer Landschaft, die lebhaft aus den Jahren 1812-1818 stammen, besonders der Münchener Studienzeit Pfeils, als er im Vorlande des bairischen Hochgebirgs mit seinem Freunde Max Joseph Wagner verweilte, von dem auch eine größere Anzahl von Werken hier vereinigt werden konnten. Schließlich ist noch die Gruppe der Genremaler hervorzuheben, unter denen der unbekannt, einst in München tätige Heidelberger Karl Sappel zusammen mit neuen, völlig unbekanntem Werken seines Freundes Spitzweg erscheint, die das besondere Interesse der Kunstfreunde erwecken dürften. Abgesehen von den Pfälzern Pfeils entkommen Sommer über bis 15. September geöffnt ist, ans Heidelberger Weite, ein Zeugnis, welche große und wertvolle Kunsthüter in der auch von der Natur in landschaftlicher Beziehung so bevorzugten Neckarstadt vereinigt sind.



Haut gestrichter tragen auf eine Weise anpassen.

Mutter durch den Malerinnenverein begünstigt.

Mutter und Kind

Kindererzieher im Freien... Menge genug haben unter Kinder im Hause...

Wählen der Kinder

Wem Wählen des Geschlechts der Kleinen wird oft...



Das Erbringen... ist seit länger Zeit der...

Paul Hügel... Schützenstraße 19... Herren- und Damenkleiderstoffe...

Julius Strauß... Telefon 372 Karlsruhe Kaiserstr. 189... sämtliche Zutaten zur...

Damenschneiderei... Mitglied des Rabattsparevereins... Verantwortlich: Heinrich Gerhardt...

Mütterlichkeit und Mumm

Was ist Mütterlichkeit? Es ist die in Fleisch und Blut übertragene Liebe...

Der ritterliche Mann... Der ritterliche Mann wird die Eigenart...

Bei einem ritterlichen Mann... Bei einem ritterlichen Mann kann man auf eine...

Was die Mütterlichkeit beim Mann... Was die Mütterlichkeit beim Mann, das ist Mumm...

Die Mütterlichkeit ist die weiblichste... Die Mütterlichkeit ist die weiblichste...

Frage-Ehre... Der Herrschaftliche Generations hat hier eine...

Mütterlichkeit ist die männlichste aller Eigenschaften... Mütterlichkeit ist die weiblichste...

Reden - Handeln

Der Rede aus Weisheit gehören... Der Rede aus Weisheit gehören...

Mit Worten nicht - mit Taten... Mit Worten nicht - mit Taten...

Sprecher der Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Der Hausfrau... Der Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Die Hausfrau... Die Hausfrau... An die stets „opplagte Hausfrau“...

Mode und Heim

Halbmonatschrift zum Karlsruher Tagblatt

Unter Mitwirkung der Vereine: Deutsche Frauenbildung und Frauenkultur...

Kunst und Biletantismus

Man haben und zwanzig Federn, um ihr zu predigen... Man haben und zwanzig Federn, um ihr zu predigen...

Man haben und zwanzig Federn... Man haben und zwanzig Federn, um ihr zu predigen...



1445

1295

1. Entwurf A. Wittali... 2. Entwurf S. Walter... 1295. Schnittmusterbogen können dem Blatt zu...

Schnittmusterbogen können dem Blatt zu...

